

Wenn das Leben nicht lebbar ist

Psychotherapie: Für viele notwendig, für wenige leistbar

Wenn psychische Probleme Überhand nehmen und ein „normales“ Leben nicht mehr möglich ist, muss gehandelt werden. Eine Psychotherapie mit, wenn nötig gleichzeitiger medikamentiver Behandlung, sollte das Leben wieder in geordnete Bahnen bringen. Allerdings ist Psychotherapie für viele Menschen, die sie nötig hätten, nicht leistbar. Aus diesem Grund ruft der Österreichische Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP) zu einer Unterschriftenaktion für eine leistbare Psychotherapie auf.

Von Maria Stecher

Man stelle sich vor, morgens nicht aus dem Bett zu kommen, denn der eigene Körper fühlt sich an, als ob er aus Blei wäre. Man sieht auch gar keinen Grund oder Sinn darin vom Bett aufzustehen. Die Arbeit, die Familie, Freunde sind kein Grund mehr sich aufzuraffen. Das einzige, das man noch will, ist im Bett zu bleiben, die Decke über den Kopf zu ziehen und nichts sehen, nichts sagen und nichts hören.

Eine Depression und andere psychische Erkrankungen machen es für den/die Betroffene/n unmöglich ein Leben zu führen, das gesellschaftlich als „normal“ betrachtet werden würde. Die notwendigen Mittel, um die Gesundheit wieder herzustellen, sind vorhanden, aber eben für viele nicht leistbar.

Im Jahr 1991 trat das Psychotherapiegesetz in Kraft, womit diese Therapieform zum eigenständigen Heilberuf mit geregelter Ausbildung und geregelten Berufspflichten wurde. Bereits ein Jahr später wurde die Arbeit der PsychotherapeutInnen der der ÄrztInnen gleichgestellt und im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz als Pflichtleistung der Krankenkassen aufgenommen. Alle, die es brauchen, sollen seelische Heilbehandlung durch PsychotherapeutInnen bekommen. Ein Kostenzuschuss pro psychotherapeutischer Behandlung in der Höhe von 300 Schilling (21,80 Euro) wird als Übergangslösung eingeführt, bis ein Gesamtvertragsabschluss bestimmt werden sollte. Seitdem ist nichts passiert. Noch heute beträgt der Kostenzuschuss 21,80 Euro, obwohl dieser nach Indexanpassung heute 31,4 Euro betragen müsste. Deshalb



Psychische Erkrankungen nehmen in unserer Gesellschaft stetig zu, allerdings besteht nicht für Jedermann/frau die Möglichkeit Hilfe in Anspruch zu nehmen. Der Grund: Psychotherapie ist zu teuer.

RS-Foto: Stecher

fordert der ÖBVP eine kassenfinanzierte Psychotherapie für alle, die eine Behandlung brauchen sowie eine sofortige Erleichterung des Zugangs zur Psychotherapie durch Erhöhung des Kassenzuschusses.

Psychische Gesundheit ist ein gesundheitspolitisches Thema. Das wird vor allem dann klar, wenn man sich die volkswirtschaftlichen Kosten der Nicht-Behandlung ansieht. Seit den 90er Jahren hat sich die Zahl der Krankenstände wegen psychischer Probleme verdoppelt. Psychische Erkrankungen sind mittlerweile bei den österreichischen Männern die zweithäufigste und bei Frauen die häufigste Ursache für eine Invaliditätspension. Der Verkauf von Psychopharmaka ist indes rasant angestiegen, da diese Behandlungsform die Leisbarere ist. Im Jahr 2007 haben die österreichischen KrankenkassenversicherungsträgerInnen rund 206 Millionen Euro für Psychopharmaka – 50 Prozent Antidepressiva, 19 Prozent Antipsychotika, 13 Prozent Hypnotika und Sedativa sowie 11 Prozent Axiolytika – ausgegeben.

DAS TIROLER MODELL. Tirol hat sich, was die Leistbarkeit von Psychotherapie betrifft, selbst geholfen und das so genannte „Tiroler Modell“ eingeführt. Jede/r praktizierende Psychotherapeut/in, der/

die 40 Stunden pro Woche arbeitet, kann sechs Therapieeinheiten pro Woche über dieses Modell abwickeln. Für PatientInnen bedeutet das, einen Selbstbehalt von nur 3,63 bis maximal 14,53 Euro, abhängig vom Einkommen, bezahlen zu müssen. Allerdings sind diese Plätze meist früh ausgebucht und es besteht eine Wartezeit von bis zu einem halben Jahr, um vom „Tiroler Modell“ zu profitieren. Dies bestätigen auch die Psychotherapeutinnen Mag. Gabriele Guggenberger-Frötscher aus Landeck und Dr. Verena Berger-Kolb aus Imst. „Es kommen immer wieder Menschen zu mir, die Hilfe benötigen würden, sich dies aber nicht können“, berichtet die seit zwölf Jahren in Imst praktizierende Psychotherapeutin und zweite Vorsitzende des Tiroler Landesverbandes für Psychotherapie Dr. Verena Berger-Kolb. „Bis zum Ende des Jahres ist alles voll und vier PatientInnen stehen auf der Warteliste“, berichtet auch Mag. Gabriele Guggenberger-Frötscher von den Missständen.

PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG UNZUREICHEND. Dr. Berger-Kolb ist der Meinung, dass das Angebot an PsychotherapeutInnen im Bezirk Imst zwar ausreichend sei, aber der anfallende

Selbstbehalt eben eine unausweichliche Hürde darstellt. Den Grund dafür, dass sich seit 1992 nichts geändert hat und es noch immer keinen Gesamtvertrag gibt, der allen den Zugang zur Psychotherapie ermöglichen würde, sieht Therapeutin Dr. Verena Berger-Kolb in einer zu geringen politischen Lobby. Studien, die den Wert und die Sinnhaftigkeit der Psychotherapie bestätigen, sollten eigentlich Grund genug für die Gesundheitspolitik des Landes sein, die Situation umgehend zu ändern.

Mag. Gabriele Guggenberger-Frötscher befindet das psychotherapeutische Angebot im Bezirk Landeck als unzureichend, denn der Großteil der Praktizierenden ist nur teilzeitbeschäftigt. Mit einer Teilzeitbeschäftigung verringert sich auch das Kontingent, das über das „Tiroler Modell“ abgewickelt werden darf. Ein/e Psychotherapeut/in, der/die nur 20 Stunden pro Woche arbeitet, darf auch nur halb so viele PatientInnen, also drei, über das „Tiroler Modell“ behandeln.

Der ÖBVP hat, um die Situation für alle Betroffenen zu verbessern, eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, die eine kassenfinanzierte Behandlung für alle fordert. Die Aktion kann mit einer Unterschrift auf der Homepage www.psychotherapie.at unterstützt werden.